

Merz greift an: 25 Beauftragte fallen der Bprokratie zum Opfer!

Die neue schwarz-rote Regierung unter Merz plant drastische Kprzungen bei Beauftragten, um Bprokratie abzubauen.

Deutschland - In der ersten Sitzung der neuen schwarz-roten Regierung unter der Leitung von Kanzler Friedrich Merz (CDU) wurden weitreichende Entscheidungen getroffen, die das Beauftragtenwesen in Deutschland betreffen. In einem Podcast von **WELT** diskutieren Dagmar Rosenfeld und Robin Alexander die geplanten Kprzungen und deren politische Implikationen. Dabei wird deutlich, dass die Bundesregierung mit diesen Maánahmen vor allem den Bprokratieabbau zum Ziel hat.

Merz hat angekþndigt, insgesamt 25 Posten von Bundesbeauftragten, Bevollmæchtigten und Koordinatoren abzuschaffen. Die Beauftragten schaffen mehr Probleme, als sie lösen , æuáerte der Kanzler und betonte, dass nur der Wehrbeauftragte fþr notwendig erachtet wird. Die Entscheidung ist Teil des Koalitionsvertrages zwischen der Union und der SPD, der im Wahlkampf als Maánahme fþr einen Bprokratieabbau vorgestellt wurde. Im Jahr 2020 beliefen sich die Kosten fþr die Beauftragten bereits auf 49 Millionen Euro, wæhrend sie 2024 auf 70 Millionen Euro steigen konnten, was den Druck auf die neue Regierung erhöht.

Kritik an den Streichungen

Die Streichungen treffen nicht nur neue Æmter, sondern auch bereits im Ministerium tætige Beamte. 18 der bislang 43

Beauftragten bleiben bestehen, darunter wichtige Positionen wie der Beauftragte für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus sowie der Opferbeauftragte und der Bundesdatenschutzbeauftragte. Besonders kritisch wird der Verlust der Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik, Jennifer Morgan, sowie des Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen, Joachim Stamp, von der Opposition beurteilt. Die Linke argumentiert, dies sei ein Zeichen dafür, dass Klima- und Naturschutz in der neuen Regierung keine Priorität haben.

Zusätzlich soll die Zahl der Beauftragten, Sonderbeauftragten und Koordinatoren erheblich reduziert werden. Laut der **ZDF** haben 13 Posten bereits mit sofortiger Wirkung abgedankt, darunter der Beauftragte für Informationstechnik und Beauftragte für die Deutsche Luft- und Raumfahrt. Diese Entscheidungen basieren auf einer Vorlage, die der Spddeutschen Zeitung vorliegt und in der ersten Kabinettsitzung abgestimmt wurde.

Die zukünftige Struktur

Die Aufgaben der abgeschafften Posten werden künftig in den zuständigen Organisationseinheiten der Ressorts wahrgenommen. Dies könnte darauf hindeuten, dass die neue Regierung einen effizienteren Umgang mit Personal und Ressourcen anstrebt. Die Union hatte während des Wahlkampfs den Bürokratieabbau immer wieder betont, jedoch auch ein zusätzliches Ministerium angekündigt, was sich widerspricht und Fragen aufwirft.

Robin Alexanders neues Buch *Letzte Chance* Der neue Kanzler und der Kampf um die Demokratie erscheint am 25. Juni 2025, welches sicherlich weiterführende Gedanken zur aktuellen Lage der deutschen Politik bietet. Für Interessierte haben bereits andere Podcasts von **WELT** eine Plattform geschaffen, um über die politischen Entwicklungen in Deutschland informiert zu bleiben.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• www.welt.de • www.zdf.de • www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net